

Redeentwurf zum
Antrag der Fraktion GRÜNE, der
Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der
FDP/DVP
- *EntschlieÙung zu Antisemitismus / Schutz der Plätze der alten*
Synagogen
für Andreas Schwarz
60. Plenarsitzung
am Donnerstag, 09. März 2023
im Landtag von Baden-Württemberg

Zeit: TOP 1 neu, 9.30 Uhr

Rededauer: 5 Minuten

Redereihenfolge:

Grüne, CDU, SPD, FDP, AfD, IM

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

heute sendet der Landtag erneut ein starkes Signal aus
gegen Antisemitismus,
gegen Menschenverachtung
und gegen Verschwörungserzählungen.

**Wir stehen fest an der Seite unserer jüdischen Mitbürgerinnen und
Mitbürger!**

In den vergangenen drei Jahren haben Verschwörungserzählungen
einen weiteren Anknüpfungspunkt gefunden:

Die Corona-Pandemie.

Und dort, wo sich Verschwörungserzählungen breitmachen,
ist meist auch Antisemitismus anzutreffen.

Viele Verschwörungserzählungen sind bereits von ihrer Struktur her antisemitisch und greifen antisemitische Muster auf.

Narrative wie den vom Great Reset gibt es zahlreich.

Dort wird behauptet, die Corona-Pandemie sei ein von Eliten geplanter Ausgangspunkt für eine neue Weltordnung.

Wir mögen über diese wirr klingenden Erzählungen lachen.

Marina Weisband brachte es in ihrer Rede zum Holocaustgedenktag 2021 jedoch auf den Punkt:

Antisemitismus beginnt nicht erst mit Angriffen auf Synagogen, sondern genau mit diesen Verschwörungserzählungen.

Sie bereiten den Boden für Gewalt und sind daher brandgefährlich.

Und wenn sie auch noch bei Versammlungen vor Synagogen, jüdischen Einrichtungen und Erinnerungsorten wie den Plätzen der ehemaligen Synagogen stattfinden – dann ist das besonders schlimm!

Diese Verschwörungserzählungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie äußern sich beispielsweise

- durch das öffentliche Tragen des Davidsterns auf Demonstrationen in Verbindung mit Aufnähern wie „ungeimpft“. Damit werden die staatlichen Pandemiemaßnahmen mit dem Unrechtsregime des Dritten Reiches gleichgesetzt.
- Durch infame Selbstvergleiche der Protestierenden mit der Widerstandskämpferin Sophie Scholl, dem Holocaustopfer Anne Frank und anderen Menschen jüdischen Glaubens, die von den Nationalsozialisten systematisch und brutal ermordet wurden.
- Und diese Versammlungen finden obendrein teilweise auf den Plätzen der ehemaligen Synagogen statt.

Dazu möchte ich direkt und ohne Umschweife sagen:

Wir verurteilen diese Verharmlosung und Verächtlichmachung der Opfer des Dritten Reiches auf das Schärfste!

Als Mensch empfinde ich tiefste Abscheu, wenn Menschen sich mit den Opfern des Holocausts vergleichen.

Als Politiker antworte ich darauf:

Wir in diesem Landtag werden dem Antisemitismus in all seinen Ausprägungen die Stirn bieten.

Dazu gehört auch der Antisemitismus, der sich hinter angeblicher Israelkritik versteckt.

Denn eines will ich klar sagen:

Antisemitismus – egal in welcher Form – hat in unserem Land nichts verloren!

Auch deswegen sind wir mit der Israelitischen Religionsgemeinschaft stets in engem und gutem Austausch.

Uns ist vollkommen egal aus welchem politischen Spektrum heraus sich antisemitische Narrative breitmachen:

Sie haben hier keinen Platz und werden niemals einen Platz finden!

Und deshalb bringen wir heute diesen gemeinsamen Antrag ein:

- Wir sagen der Landesregierung unsere breite Unterstützung zu, wenn es darum geht die unteren Versammlungsbehörden und die Polizeidienststellen für Protestgeschehen an Synagogen, jüdischen Einrichtungen und Orte der Erinnerungskultur ganz besonders zu sensibilisieren
- Wir begrüßen die bereits ergangenen Handlungshinweise, die bei den oftmals schwierigen Abwägungsentscheidungen, Orientierung bieten.
- Wir fordern, dass diese Handlungshinweise vor allem mit Blick auf das beschriebene Protestgeschehen an den Plätzen der ehemaligen Synagogen fortlaufend aktualisiert werden.

Uns ist bewusst:

Die Versammlungsfreiheit ist ein hohes Gut in dieser Demokratie.

Wir sind froh, wie besonnen das Land und die Behörden stets mit Blick auf die Versammlungsfreiheit abwägen.

Protest – auch lautstark und unbequem – müssen wir in einer Demokratie nicht nur aushalten, sondern ja, er gehört zu einem zivilgesellschaftlichen Streit und einer lebhaften Debatte dazu.

Er ermöglicht Umdenken, stößt gesellschaftliche Debatten an und ist daher Grundlage eines sich hinterfragenden, lernenden Staates.

Die Versammlungsfreiheit verschafft den Menschen Gehör.

Und der Protest ist für uns Politikerinnen und Politikern oftmals

Seismograph:

Wo können wir anpacken, wo müssen wir besser kommunizieren, wo verändern wir Dinge?

**Was wir aber nicht dulden, ist, wenn sich unter dem Deckmantel der
Versammlungsfreiheit Hass und Hetze, Antisemitismus und
Israelfeindlichkeit breitmachen!**

1938 brannten in Baden, in Württemberg und in Hohenzollern die
Synagogen.

Jüdinnen und Juden wurden systematisch vertrieben und ermordet.

Es ist unerträglich, wenn sich an den Plätzen dieser ehemaligen
Synagogen heute nun Menschen mit den Opfern des Holocausts
gleichsetzen.

Aus unserer Geschichte erwächst unsere besondere Verantwortung für das jüdische Leben, für die Jüdinnen und Juden in Baden-Württemberg.

- Wir begegneten dem bereits mit dem Beauftragten gegen Antisemitismus sowie der Meldestelle Antisemitismus.
- und nach dem hinterhältigen Angriff auf die Synagoge in Ulm haben wir eine Initiative zu sicherem jüdischen Leben in Baden-Württemberg eingebracht.
- Für den Schutz von Menschen jüdischen Glaubens und ihrer Begegnungsorte: **Gestern, heute und morgen!**

Diesen Weg gehen wir heute weiter:

Wir sagen der Landesregierung unsere ganze Unterstützung zu!

Wir stellen uns damit erneut jeglichem Antisemitismus und Judenfeindlichkeit entgegen.

Wir werden es nicht zulassen, dass Menschen jüdischen Glaubens verhöhnt und verächtlich gemacht werden.

Dafür stehen wir!

Ich freue mich, dass wir gemeinsam diesen Antrag einbringen und möchte mich bei den Kollegen Hagel, Stoch und Rülke herzlich für die Zusammenarbeit bedanken.

Es ist ein klares Zeichen, dass wir als Demokratinnen und Demokraten über Parteigrenzen hinweg in dieser Frage zusammenstehen und zeigen:

Baden-Württemberg zeigt klare Kante gegen Antisemitismus!